



FRAUEN 2000

Sondertagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen
 "Frauen 2000: Gleichstellung der Geschlechter, Entwicklung
 und Frieden im 21. Jahrhundert", New York, 5. – 9. Juni 2000

Gewalt gegen Frauen

„Gewalt gegen Frauen ist vielleicht die schändlichste aller Menschenrechtsverletzungen. Sie kennt keine Grenzen, weder geographisch, noch kulturell, noch im Hinblick auf materiellen Wohlstand. So lange sie anhält, können wir nicht behaupten, dass wir wirkliche Fortschritte in Richtung Gleichstellung der Geschlechter, Entwicklung und Frieden machen.“

Kofi Annan, Generalsekretär der Vereinten Nationen

Gewalt gegen Frauen zeigt sich in unterschiedlichen Formen. Dazu zählen: häusliche Gewalt, Vergewaltigung, Frauen- und Mädchenhandel, erzwungene Prostitution, Gewalt in bewaffneten Konflikten wie etwa Mord, systematische Vergewaltigung, sexuelle Sklaverei und erzwungene Schwangerschaften, Morde zur Wiederherstellung der Familienehre, mitgiftbezogene Gewalt, Kindstötung und pränatale Geschlechterselektion zugunsten von Söhnen, die Verstümmelung der weiblichen Geschlechtsorgane sowie andere schädliche Praktiken und Traditionen.

Die Erklärung über die Beseitigung der Gewalt gegen Frauen, die von der Generalversammlung der Vereinten Nationen 1993 verabschiedet wurde, zeigt, dass man das Problem international anerkannt hat und sich darüber einig ist, dass Gewalt gegen Frauen eine Menschenrechtsverletzung und eine Form der Diskriminierung von Frauen ist.

Die auf der Vierten Weltfrauenkonferenz 1995 in Beijing verabschiedete Aktionsplattform nennt Gewalt gegen Frauen als einen der 12 entscheidenden Problembereiche, die dringende Maßnahmen von Seiten der Regierungen, der internationalen Gemeinschaft und der Zivilgesellschaft erfordern.

Auf ihrer 42. Tagung hat die Kommission der Vereinten Nationen für die Rechtsstellung der Frau 1998 weitere von den Mitgliedstaaten und der internationalen Gemeinschaft zu ergreifende Maßnahmen und Initiativen vorgeschlagen, um der Gewalt gegen Frauen Einhalt zu gebieten. Dazu gehört auch die Einbeziehung einer geschlechtsbezogenen Perspektive in alle politischen Maßnahmen und Programme. Zu den auf dieser

Tagung gefassten Beschlüssen gehören Aktivitäten, um die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen zu unterstützen, um alle Formen von Frauen- und Mädchenhandel zu bekämpfen, um die Rechte von Wanderarbeitern, insbesondere der Frauen und Kinder unter ihnen, zu fördern und zu schützen, und um zu gezielten Forschungsarbeiten zum Thema Gewalt gegen Frauen anzuregen.

Die Antwort der internationalen Gemeinschaft

Seit der Konferenz von Beijing vor fünf Jahren sind auf internationaler Ebene wichtige Schritte unternommen worden, um die Gewalt gegen Frauen zu beenden:

- ◆ Das Fakultativprotokoll zur Konvention über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau, das von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 6. Oktober 1999 verabschiedet wurde, gibt Frauen das Recht, Wiedergutmachung für erlittene Menschenrechtsverletzungen, wie z.B. geschlechtsspezifische Gewalt, zu verlangen.
- ◆ 1997 hat die Generalversammlung „Modellhafte Strategien und praktische Maßnahmen auf dem Gebiet der Verbrechenverhütung und Strafrechtspflege zur Beseitigung der Gewalt gegen Frauen“ verabschiedet.
- ◆ Das im Juni 1998 verabschiedete Statut des Internationalen Strafgerichtshofes wie auch die Kriegsverbrechertribunale für das ehemalige Jugoslawien und Ruanda beschäftigen sich speziell mit geschlechtsspezifischen Gewalttaten.
- ◆ Der Protokollentwurf für einen neuen Vertrag, das vorgeschlagene internationale Über-



einkommen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, beschäftigt sich vor allem mit Menschenhandel, insbesondere von Frauen und Kindern.

Häusliche Gewalt

Häusliche Gewalt, insbesondere die Misshandlung von Ehefrauen, ist vielleicht die am weitesten verbreitete Form von Gewalt gegen Frauen. In Ländern, in denen verlässliche Großstudien über geschlechtsspezifische Gewalt vorliegen, sind den Ergebnissen zufolge 20 Prozent der Frauen von den Männern, mit denen sie leben, misshandelt worden.

Nach Angaben des von der Weltbank herausgegebenen Weltentwicklungsberichts von 1993, büßen Frauen im Alter zwischen 15 und 44 Jahren aufgrund von Vergewaltigung und häuslicher Gewalt mehr gesunde Lebensjahre ein als durch Brustkrebs, Gebärmutterhalskrebs, Fehlgeburten, Ungleichbehandlung in der Arbeitswelt, Krieg oder Autounfälle.

In Reaktion auf die Aktionsplattform von Beijing haben Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen und die internationale Gemeinschaft nach Wegen gesucht, um das Problem der häuslichen Gewalt wirksamer anzugehen:

- ◆ Viele Staaten haben Gesetze verabschiedet, nach denen Gewalt durch den Ehemann genauso behandelt wird wie Gewalt durch einen Fremden. In Schweden werden solche Vergehen als eine schwere Verletzung der Integrität der Frauen aufgefasst und härter bestraft als Fälle, in denen die gleiche Tat an einer fremden Person begangen wurde.
- ◆ Belarus, Bhutan, Mexiko, Österreich, Portugal, die Seychellen und Ungarn haben erstmals die von Ehemännern an ihren Frauen verübte sexuelle Gewalt unter Strafe gestellt.
- ◆ In Sri Lanka hat das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) eng mit Behörden und Nichtregierungsorganisationen zusammengearbeitet, um häusliche Gewalt durch öffentliche Aufklärungskampagnen zu verhindern. Für diese Maßnahmen wurden sowohl die Medien genutzt als auch Workshops zur Sensibilisierung des Justizapparates und der Polizei.
- ◆ Belarus, Polen, Russland und Simbabwe gehören zu den Staaten, die sich um die Einrichtung von besonderen Hilfsstrukturen wie

Schutzunterkünften, Frauenhäusern und „Hotlines“ bemüht haben, um Gewaltopfern beizustehen.

- ◆ Staaten, wie z.B. Algerien und Brunei Darussalam haben in ihren Polizeibehörden Sondereinheiten für häusliche Gewalt aufgebaut.
- ◆ Island hat unter dem Titel „Verantwortungsvolle Männer“ ein auf zwei Jahre angelegtes Versuchsprojekt für gewalttätige Männer ins Leben gerufen. Das Projekt wird während der gesamten Laufzeit vom isländischen Roten Kreuz betreut und nach seinem Abschluss ausgewertet.

Menschenhandel

Nach Angaben der Internationalen Organisation für Migration (IOM) wird mit dem Frauen- und Kinderhandel – meist zum Zweck der kommerziellen sexuellen Ausbeutung – jedes Jahr ein Profit von schätzungsweise bis zu 8 Milliarden US-Dollar gemacht. Die gewaltigen Erträge werden von Tätern abgeschöpft, die immer häufiger eine Verbindung zum organisierten Verbrechen aufweisen. Sie haben das Geschäft in eine schnell wachsende globale Bedrohung verwandelt.

Frauen und Mädchen aus armen Schichten gehören wegen ihrer gesellschaftlichen Randstellung und ihrer begrenzten finanziellen Mittel zu den Hauptzielgruppen der Täter. Geblendet von der Aussicht auf ein höheres Einkommen und auf eine Flucht aus der Armut lassen sich einige Frauen freiwillig auf den Handel ein. Andere wiederum werden gezwungen und viele müssen sich gegen ihren Willen prostitutieren. Um gegen diesen Missbrauch anzugehen, wurden beispielsweise folgende Maßnahmen ergriffen:

- ◆ Die Philippinen haben in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und anderen Regierungen eine Initiative gestartet, die Ausbildungsmaßnahmen umfasst und in deren Rahmen ein Konzept für Einrichtungen entwickelt wird, die den Frauen- und Kinderhandel an vorderster Front bekämpfen.
- ◆ Im Rahmen ihrer Ermittlungen zur organisierten Kriminalität haben die litauischen Polizeibehörden eine eigene Abteilung zur Bekämpfung des Menschenhandels eingerichtet.
- ◆ China hat sein Strafgesetzbuch im Hinblick auf die Entführung von Frauen und Kindern sowie die Zwangsprostitution ergänzt.

- ◆ Myanmar hat acht Berufsausbildungszentren für Frauen und Mädchen in den Grenzgebieten eingerichtet, um den Menschenhandel zu stoppen.
- ◆ Die Niederlande haben einen nationalen Sonderberichterstatter eingesetzt, der damit beauftragt ist, eine umfassende Datensammlung zum Frauenhandel und zu Möglichkeiten der Vorbeugung zu erstellen.
- ◆ Albanien und die russische Föderation haben Aufklärungskampagnen für die potenziellen Opfer ins Leben gerufen.

Die Verstümmelung der weiblichen Geschlechtsorgane

Nach Angaben des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) wurden die Geschlechtsorgane von schätzungsweise zwischen 85 und 114 Millionen Frauen und Mädchen vorwiegend in Afrika, im Nahen Osten und in Asien verstümmelt.

Die Verstümmelung der weiblichen Geschlechtsorgane, die auch als „weibliche Beschneidung“ bezeichnet wird, besteht in der gesamten oder teilweisen Entfernung der Klitoris und anderer Geschlechtsteile. Bei der extremen Form der Infibulation werden zunächst die Klitoris und beide Schamlippen entfernt. Danach wird die Vulva so zusammengenäht, dass nur eine schmale Öffnung für den Austritt von Urin und Menstruationsblut bleibt.

Die Verstümmelung von Mädchen hat sowohl kurz- als auch langfristig schwerwiegende Folgen. Der Vorgang selbst ist äußerst schmerzhaft und kann zu Infektionen und sogar zum Tod führen, und auch spätere Komplikationen bei einer Entbindung sowie eine erhöhte Anfälligkeit für HIV/AIDS nach sich ziehen. In diesem Brauch findet ein vorherrschender gesellschaftlicher Konsens seinen Niederschlag, demzufolge die Jungfräulichkeit von Mädchen und Frauen bis zur Hochzeit bewahrt und ihre Sexualität überwacht

werden muss. In diesen Kulturen weigern sich Männer oft, unbeschnittene Mädchen oder Frauen zu heiraten, da sie diese als „unsauber“ und „sexuell freizügig“ betrachten.

Seit der Konferenz von Beijing sind folgende Maßnahmen gegen die Verstümmelung der weiblichen Geschlechtsorgane ergriffen worden:

- ◆ Als Teil einer internationalen Aufklärungskampagne hat UNFPA im September 1997 Aktivistin und Super-Model Waris Dirie zur Sonderbotschafterin für die Abschaffung der Verstümmelung der weiblichen Geschlechtsorgane ernannt.
- ◆ Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat Unterrichtsmaterialien entwickelt und Workshops durchgeführt, um Krankenschwestern und Hebammen in Afrika und im östlichen Mittelmeerraum für das Problem zu sensibilisieren und sie für die aktive Mitarbeit im Kampf gegen die Verstümmelung der weiblichen Geschlechtsorgane zu gewinnen.
- ◆ Tansania und neun andere Länder, in denen die Verstümmelung der weiblichen Geschlechtsorgane weit verbreitet ist, haben Gesetze erlassen, um diese Praxis unter Strafe zu stellen. Verstöße werden unter anderem mit Geld- und Gefängnisstrafen geahndet. Die übrigen neun Länder sind Ägypten, Burkina Faso, Dschibuti, Côte d'Ivoire, Ghana, Guinea, Senegal, Togo und die Zentralafrikanische Republik.
- ◆ Länder wie Australien, Großbritannien, Kanada, Neuseeland und die Vereinigten Staaten, in denen Einwanderergruppen leben, die dieses Ritual vollziehen, haben ähnliche Gesetze erlassen, um gegen den Brauch anzugehen.
- ◆ Nigeria hat ein medizinisches Zentrum für Unterleibserkrankungen und Rehabilitationszentren eingerichtet, um verheiratete minderjährige Frauen zu betreuen, bei denen eine Verstümmelung der Geschlechtsorgane vorgenommen wurde.

Diese Hintergrundinformation beruht auf dem Dokument "Überprüfung und Auswertung der Umsetzung der Aktionsplattform von Beijing: Bericht des Generalsekretärs" (E/CN.6/2000/PC/2).

